ant
nuss

etails um die
Sommer 2010
: Der Obwald-
Stefan Küchler
ttelte auf dem
nten, wie die
ihrer gestrigen
truiert. Zudem
mandant – mit
n, Regierungs-
ild) – Zugang
Computer des
nissten ver-
fft haben. Die
sanwaltschaft
m führt nun
Strafverfahren
n Gasser (Aus-
vom Samstag).
er stellt sich
den Stand-
t, sie habe
gewusst, dass
Account be-
gnahmt war.
n des laufen-
Verfahrens
e Komman-
Stefan Küchler
eitung gestern

n
am Sonntag»
. Juli 2010 von
uzern befragt.
e ihn wegen
ndlungen an-
walt liess den
Polizisten ver-
Tag sollte der
ist mit seinem
weitere Vorge-
er verschwand

rgab, dass er
lboot vor Be-
te – im Kanton
ikommandant
gab sich auf die
dem Chef der
em er den Nid-
andanten an-
n Aufsehen zu
form und Waf-
zum Boot. Die
schienen dort
später.

n befragt
örden gaben
re Akten nur
ens Justiz wei-
t auf Tötung
hatte. Es stell-
hler die Com-
chwundenen
wohl der Zu-
hler soll den
n haben, dass
rungsrätlicher
r Gasser über-
geschäftliche
öglicherweise
gelöscht, gab
ahme bei sei-
lden an.

nsparenz
arteien sorgen
ndlungsweise
nten für Er-
mfrage zeigt.
nt der CSP, ist
einung, «dass
er sich in der
entiert, einige
en sind». Und:
ss die Regie-
klären muss.»
Albert Sigrist
die Vorstel-
ant.» Zu den
n will er sich
Unschuldsver-
n der Glaub-
ördenmitglie-
den.»
or allem über-
rung erst auf
nformiert hat.
r dürftig.» Die
ffentlich und
erde.

VON DÄNIKEN
luzernerzeitung.ch

Gewerkschaften feiern Sieg

LUZERN Beim Ladenschluss bleibt alles beim Alten. Oder doch nicht? Denn das Stimmvolk hat eine Spezialregelung für den Abendverkauf in der Stadt Luzern abgelehnt.

THOMAS OSWALD
thomas.oswald@luzernerzeitung.ch

Das Luzerner Stimmvolk hat sich hinter die Gewerkschaften und den Detaillistenverband gestellt: Mit 60 966 gegen 50 873 Stimmen kippte der Souverän die Revision des Landeschlussgesetzes. Die Läden im Kanton müssen weiterhin am Samstag spätestens um 16 Uhr und vor Feiertagen um 17 Uhr schliessen. «Der Salamitaktik der Liberalisierungsbefürworter wurde eine klare Abfuhr erteilt», sagte Marcel Budmiger, Geschäftsleiter des Luzerner Gewerkschaftsbunds (LGB). Es sei ein Entscheid zu Gunsten des Verkaufspersonals und der kleinen Detaillisten. «Das Volk hat genug von der Ladenöffnungs-Zwängerei.»

Auch in Zürich bleibt alles beim Alten: Die FDP-Initiative «Der Kunde ist König», die eine vollständige Liberalisierung verlangte, scheiterte gestern mit 70,7 Prozent Nein-Stimmen.

JFDP hält an ihrer Initiative fest

Das Referendumskomitee verlangt, dass die Jungfreisinnigen (JFDP) ihre Initiative für eine Abschaffung des Ladenschlussgesetzes zurückziehen. Doch die JFDP denkt nicht daran, wie Vizepräsident Philipp Brun gestern auf Anfrage sagte. «Aus Rücksicht auf jene, die Ja gestimmt und auf jene 4000 Leute, die unsere Initiative unterschrieben haben.» Brun sagt, die Ungerechtigkeit zwischen «normalen» Läden, Tankstellenshops, Läden im Bahnhof und Touristikgeschäften bestehe nach wie vor. «Ausserdem sind die restriktiven Öffnungszeiten unter der Woche ein Problem. Darüber ist nicht abgestimmt worden.» Über die Initiative soll 2013 abgestimmt werden.

Heutige Praxis eigentlich illegal

Teil des Pakets, das gestern abgelehnt wurde, war die Neuregelung des Abendverkaufs. Gemeinden, die seit 1997 aus Fusionen hervorgegangen sind, hätten die Möglichkeit erhalten, für Ortsteile unterschiedliche Abendverkaufstage zu beschliessen. Damit wäre die Praxis von Luzern und Littau nach der Fusion von 2010 legalisiert worden (Luzern: Donnerstag/Freitag; Littau: Mittwoch/Freitag). Streng genommen verstösst die heutige Situation gegen das kantonale Gesetz, da in der Stadt an drei Abenden eingekauft werden kann, das geltende Gesetz aber nur zwei Abende erlaubt. Der Stadtrat hat für Littau und Luzern eine Übergangsregelung festgelegt, solange bis die kantonale Gesetzesrevision unter Dach gewesen wäre. Der Kanton hat dies bislang toleriert.

Dass die Läden in der Stadt nach der geplatzten Revision ihre Öffnungszeiten sofort vereinheitlichen müssen, scheint unwahrscheinlich. Aus dem kantonalen Justizdepartement verlautete gestern vage, dass die Situation bei der Erarbeitung der Botschaft für die Initiative der Jungliberalen Ende Jahr nochmals diskutiert werden müsse. Bis dahin gelte die Übergangsregelung des Stadtrats. Dies, obwohl sie gegen kantonales Recht verstösst. Regierungsrätin Yvonne Schärli sagte gestern, es wäre denkbar, dass die weitgehend unbestrittene Anpassung mit einem Vorstoss im Parlament erneut eingebracht werden könnte.

Die gestrige Vorlage wurde in vier von sechs Wahlkreisen abgelehnt. Angenommen wurde sie in der Stadt (54 Prozent) und auch im Wahlkreis Luzern-Land (50,1 Prozent). Aus Sicht des Referendumskomitees widerspiegelt das Resultat keinen klaren Stadt-Land-Graben, zumal auch die Agglomerationsgemeinden Emmen (55,6 Prozent) und Kriens (53,8 Prozent) Nein sagten. Gleichzeitig gibt es auch auf dem Land Ausnahmen: So sagten Honau (66,7 Prozent), Weggis (56,5 Prozent) und Sempach (50,5 Prozent) Ja zu längeren Öffnungszeiten.

Schärli: «Nicht wirklich überrascht»

Justizdirektorin Yvonne Schärli zeigte sich «nicht wirklich überrascht», zumal das Volk schon 2006 jegliche Lockerung ablehnte. «Wir sehen nun aber eine gewisse Tendenz hin zu unterschiedlichen Bedürfnissen in Stadt und Agglomeration im Gegensatz zur Landschaft.» Dies erkannten gestern auch die unterlegenen Befürworter. «Wir bedauern das Resultat», sagte Franz Stalder, Präsident der City-Vereinigung Luzern. Er verstehe, dass die Bevölkerung auf dem Land keine Notwendigkeit für längere Öffnungszeiten sehe. «Die City Vereinigung wird sich deshalb für spezielle Ladenschlussregelungen für die Stadt Luzern stark machen.»

Die Sieger vor einem Geschäft in Luzern (v. l.): Unia-Funktionär Giuseppe Reo, CVP-Kantonsrat Markus Gehrig, LGB-Gewerkschaftsbund-Vizepräsidentin Arlette Fischer, LGB-Geschäftsleiter Marcel Budmiger und SP-Sekretär Sebastian Dissler.
Bild Jakob Ineichen

Ladenöffnungszeiten
Abstimmungsresultat in Prozent

Nein	54,5
Ja	45,5

Stimmbeteiligung: 44 Prozent

KOMMENTAR

Thomas Oswald über das Nein zu längeren Ladenöffnungszeiten

Ruf wird nicht verstummen

Sechs Jahre nach dem letzten Nein bekräftigte das Luzerner Volk gestern seine Haltung gegenüber einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Diesmal mit 55 Prozent der Stimmen aber weniger deutlich als 2006 mit 63 Prozent. Das Resultat ist dennoch klar: Auf dem Land genügen die Öffnungszeiten, es sieht niemand ein, weshalb das Personal länger im Laden stehen soll. Und zum Schutz der kleinen Dorfläden sollen die grossen Detaillisten nicht mehr Freiheit erhalten. Wer am Samstag nach 16 Uhr etwas braucht, soll zum nächsten Tankstellenshop fahren oder am Bahnhof einkaufen.

Dennoch wird der Ruf nach Gleichbehandlung von Läden, Tankstellenshops und Bahnhofsgeschäften nicht verstummen. Zu Recht. Denn die lokalen Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich. Gestern sagten immerhin 14 Gemeinden Ja zu einer Lockerung. Neben der Stadt Luzern auch die Tourismusorte Weggis und Vitznau – oder Honau, das an die Kantone Zug und Aargau grenzt, die lockerere Öffnungszeiten kennen.

Nun gilt es über Alternativen nachzudenken. Nämlich über eine Sonderregelung für jene Orte, in denen längere Öffnungszeiten mehrheitsfähig sind. Etwa für die Stadt Luzern. Skeptikern sei gesagt, dass der Abendverkauf längst von den Gemeinden selber geregelt wird. In der Diskussion um den Ladenschluss wird erst Ruhe einkehren, wenn die lokalen Bedürfnisse befriedigt sind.

Ein weiteres Zerren um eine Einheitslösung für den ganzen Kanton wird scheitern. Die von den Jungfreisinnigen geforderte Totalliberalisierung ist chancenlos.

THOMAS OSWALD
thomas.oswald@luzernerzeitung.ch

«Wir sehen nun eine gewisse Tendenz hin zu unterschiedlichen Bedürfnissen.»
YVONNE SCHÄRLI, JUSTIZDIREKTORIN

«Die City-Vereinigung will spezielle Regelungen für die Stadt.»
FRANZ STALDER, PRÄSIDENT CITY-VEREINIGUNG LUZERN

«Über die restriktiven Öffnungszeiten unter der Woche ist nicht abgestimmt worden.»
PHILIPP BRUN, VIZEPRÄSIDENT JFDP

ANZEIGE